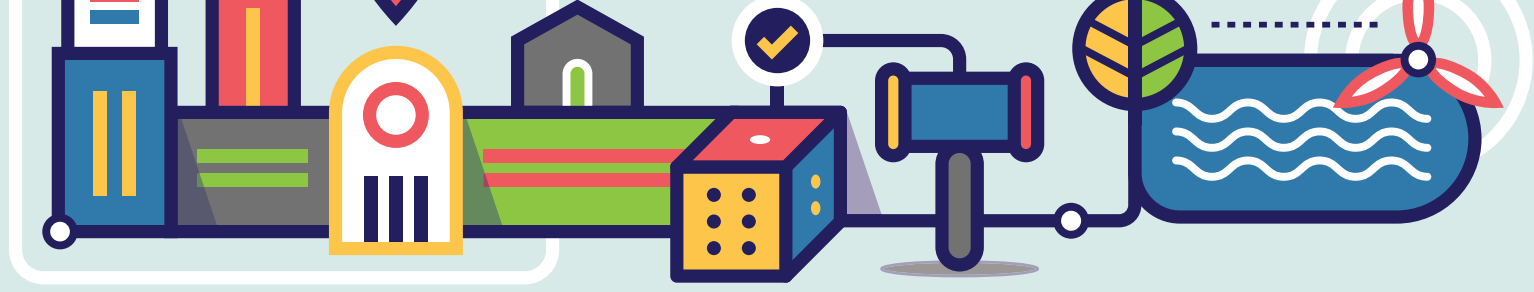




OECD-Ausblick Regulierungspolitik 2021

Evidenzbasierte Rechtsetzung und Akteursbeteiligung



Kapitel 2

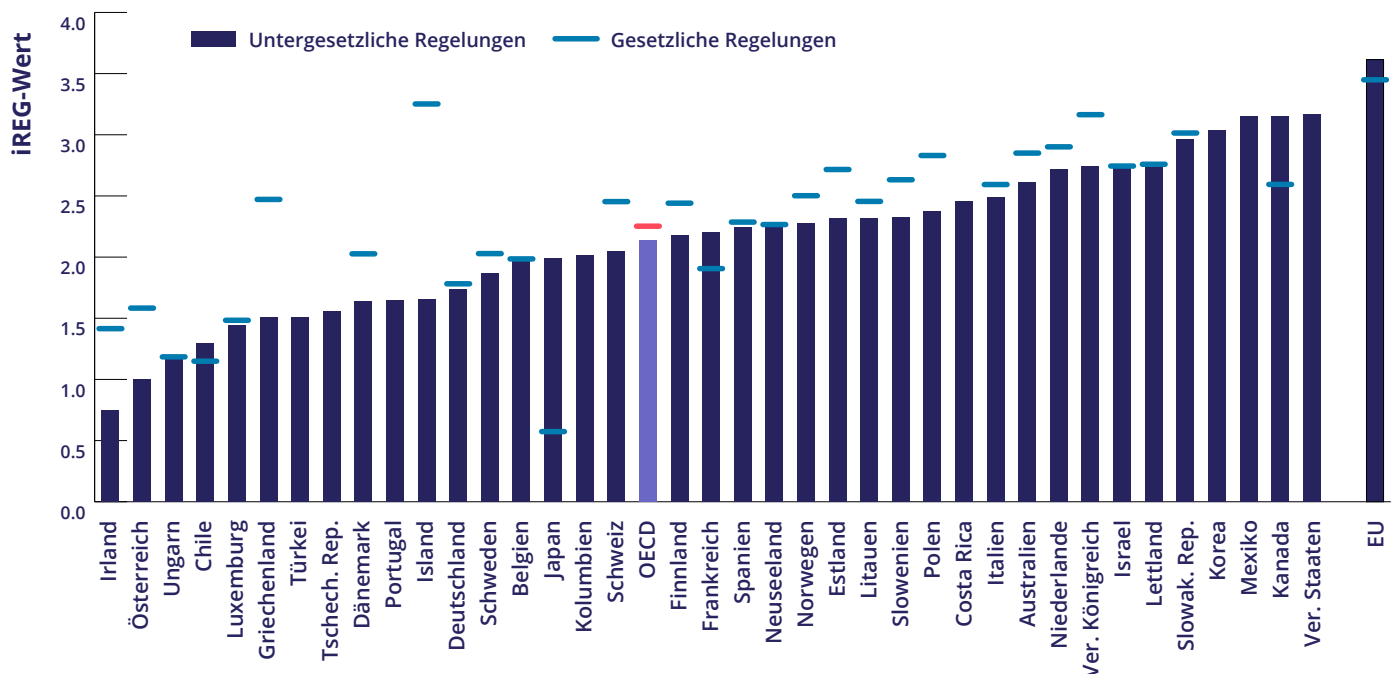
Akteursbeteiligung

Unter Einbeziehung der Gesellschaft werden Rechtsvorschriften besser

Unternehmen und Bürger*innen können wertvolle, alltagsorientierte Ideen zur Machbarkeit und Praxiswirkung von Gesetzen und sonstigen Rechtsvorschriften beisteuern. Die Einbeziehung der Öffentlichkeit in die Rechtsetzung, einschließlich der Möglichkeit, Rechtsvorschriften anzufechten und sich an ihrer Reform zu beteiligen, ist wesentlich, um ihre Gestaltung und Umsetzung zu verbessern. Außerdem stärkt dies das Vertrauen in den Staat und die demokratischen Werte.

Dennoch ist die Akteursbeteiligung noch lückenhaft. In vielen OECD-Ländern werden betroffene Akteure erst konsultiert, wenn der Gesetzes- bzw. Regelungsentwurf bereits vorliegt. Dies ist effektiv eine entscheidende Phase, da dann bekannt ist, wie die Regelung konkret aussehen soll und was sie in der Praxis bedeutet. Die betroffenen Akteure können aber schon viel früher eingebunden werden, um Daten und Ideen für mögliche Problemlösungen zu sammeln.

Akteursbeteiligung im OECD-Raum

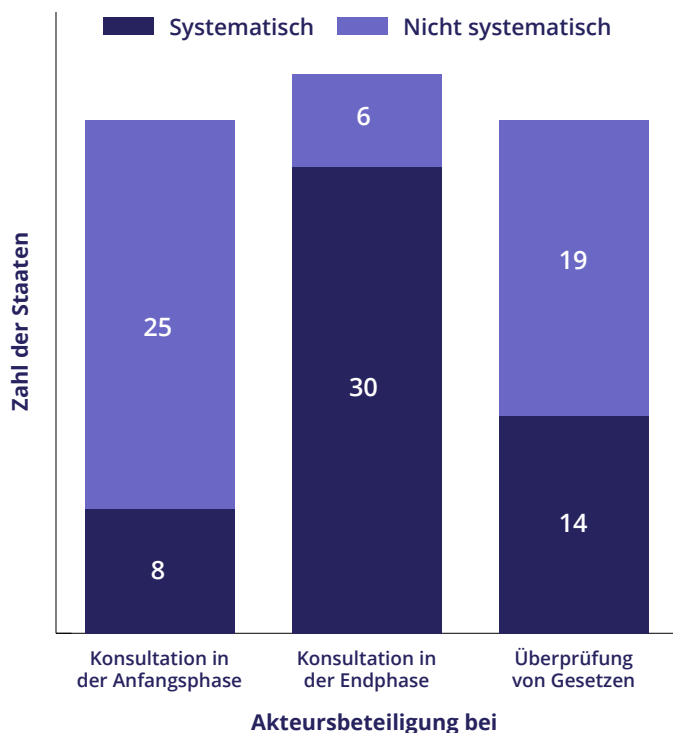


Anmerkung: Die Daten beziehen sich auf 38 OECD-Länder und die Europäische Union. Die Angaben zu gesetzlichen Regelungen betreffen nur Rechtsetzungsverfahren der nationalen Exekutive. Aufgeführt sind nur die Länder, in denen die Mehrzahl der Gesetze von der Exekutive konzipiert wird.

Quelle: Indicators of Regulatory Policy and Governance (iREG) Survey 2021.

Die betroffenen Akteure können auch stärker in die Überprüfung von Regelungen einbezogen werden. Sie können aufschlussreiche Informationen zu den tatsächlichen Erfüllungskosten liefern und darauf hinweisen, was bereits gut funktioniert und wo noch Verbesserungsbedarf besteht.

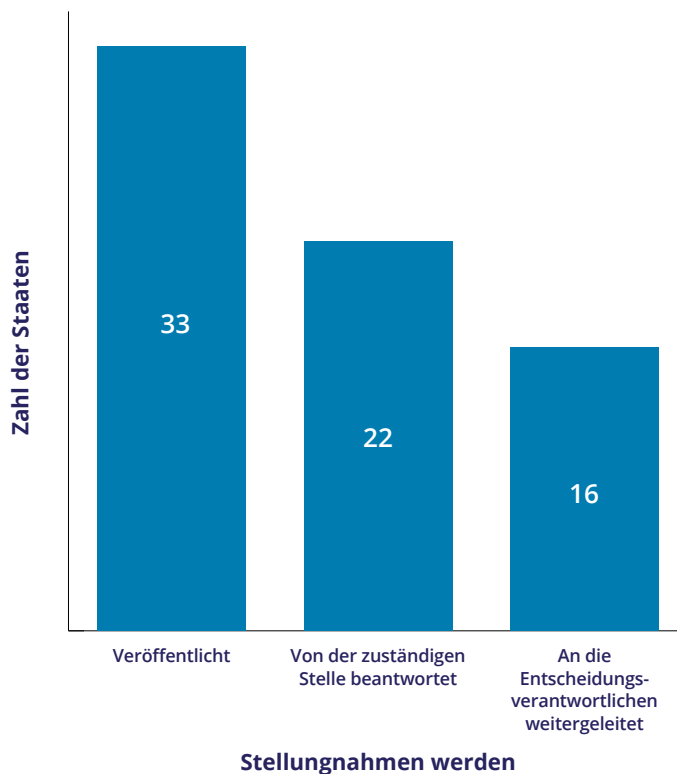
Betroffene Akteure sollten systematischer einbezogen werden



Anmerkung: Die Daten beziehen sich auf 38 OECD-Länder und die Europäische Union.
Quelle: Indicators of Regulatory Policy and Governance (iREG) Survey 2021.

Der Beitrag betroffener Akteure sollte sichtbar gemacht werden. Die Beantwortung eingegangener Stellungnahmen ist wesentlicher Bestandteil einer soliden Akteursbeteiligung. Dieses Feedback trägt dazu bei, ein Gefühl der Mitverantwortung zu vermitteln und das Vertrauen in die beschlossenen Rechtsvorschriften zu stärken – was wiederum zu einer höheren Rechtskonformität führt. Wie mit den Beiträgen betroffener Akteure umgegangen wird, kann entscheidend dafür sein, ob sie auch an künftigen Konsultationen teilnehmen. Dennoch fehlt es im OECD-Raum noch an systematischen Verfahren, um den Akteuren Rückmeldung dazu zu geben, wie sie zur Verbesserung einer Regelung beigetragen haben.

Was passiert mit den Stellungnahmen, die bei Konsultationen eingehen?



Anmerkung: Die Daten beziehen sich auf 38 OECD-Länder und die Europäische Union.
Quelle: Indicators of Regulatory Policy and Governance (iREG) Survey 2021.

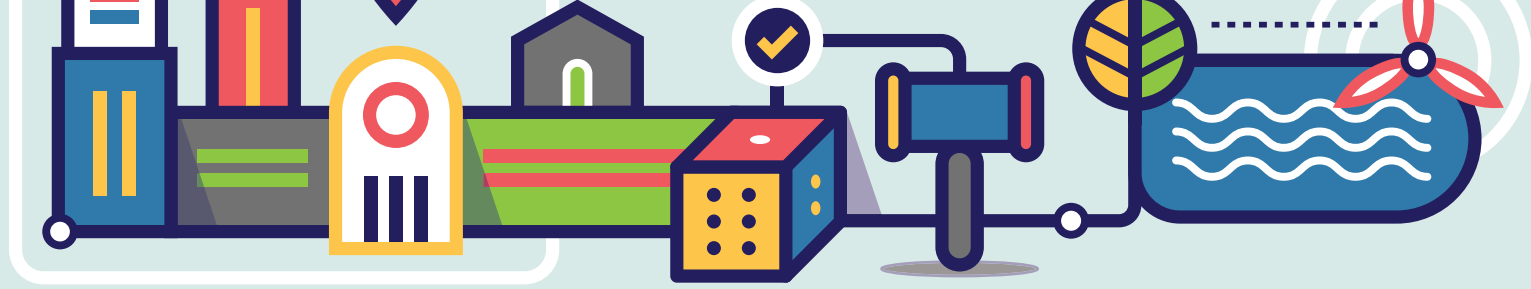
Kontinuierliche Einbeziehung, Rückmeldung und Verbesserung

Das **kolumbianische** Umweltministerium veröffentlicht seine Antworten auf eingegangene Stellungnahmen online. Ob Beiträge berücksichtigt werden oder nicht, muss begründet werden. Dabei wird auch erläutert, wie die berücksichtigten Stellungnahmen in den Regelungsvorschlag einfließen.

In **Island** werden die Konsultationsergebnisse auf dem Konsultationsportal der Regierung veröffentlicht. Die wichtigsten Punkte, Verbesserungsvorschläge und Bedenken der teilnehmenden Akteure werden in einem Bericht zusammengefasst.

Wenn in der **Slowakischen Republik** auf eine Stellungnahme zu einem Regelungsentwurf 500 Reaktionen anderer Akteure eingegangen sind, ist die zuständige Stelle verpflichtet, auf die Stellungnahme zu reagieren und das Gespräch mit den betreffenden Akteuren zu suchen. Darüber hinaus besteht die Verpflichtung, bei jeder Stellungnahme begründet anzugeben, ob sie als wichtig oder zweitrangig eingestuft wird und ob sie angenommen, abgelehnt oder teilweise angenommen wird.

Quelle: Indicators of Regulatory Policy and Governance (iREG) Survey 2021.



Kapitel 2

Gesetzesfolgenanalyse

Wie Daten und Analysen die Ausarbeitung von Rechtsvorschriften unterstützen

Am wirksamsten sind Gesetze und sonstige Rechtsvorschriften, wenn sie auf zuverlässigen Daten beruhen und ihre Auswirkungen auf Bürger*innen und Unternehmen gründlich untersucht wurden.

Mit Gesetzesfolgenabschätzungen (GFA) kann ermittelt werden, wie sich ein Problem am effektivsten lösen lässt, bevor eine endgültige Entscheidung getroffen wird. GFA zwingen die Verantwortlichen dazu, die nötigen Daten zu erheben und die voraussichtlichen Kosten und Nutzen der geplanten Regelung abzuschätzen.

- ▶ Im Lauf der letzten zehn Jahre hat sich die evidenzbasierte Rechtsetzung im OECD-Raum immer weiter durchgesetzt. In jüngster Zeit hat sich diese Entwicklung allerdings verlangsamt, sodass noch Verbesserungspotenzial besteht.
- ▶ Fast die Hälfte der OECD-Länder führt bei Notstandsregelungen keine Vorabanalyse der Auswirkungen durch. Welche Folgen dies hat, ist unklar, denn häufig werden die dafür nötigen Ausnahmen weder geprüft noch öffentlich gemacht.
- ▶ Inzwischen werden bei Folgenabschätzungen zwar auch gesellschaftliche Fragen wie Geschlechtergerechtigkeit und Armut stärker beleuchtet, der Schwerpunkt der Analysen liegt aber weiterhin auf wirtschaftlichen Faktoren.

Beispiele für die Bewertung gesellschaftlicher Folgen von Regelungen im OECD-Raum

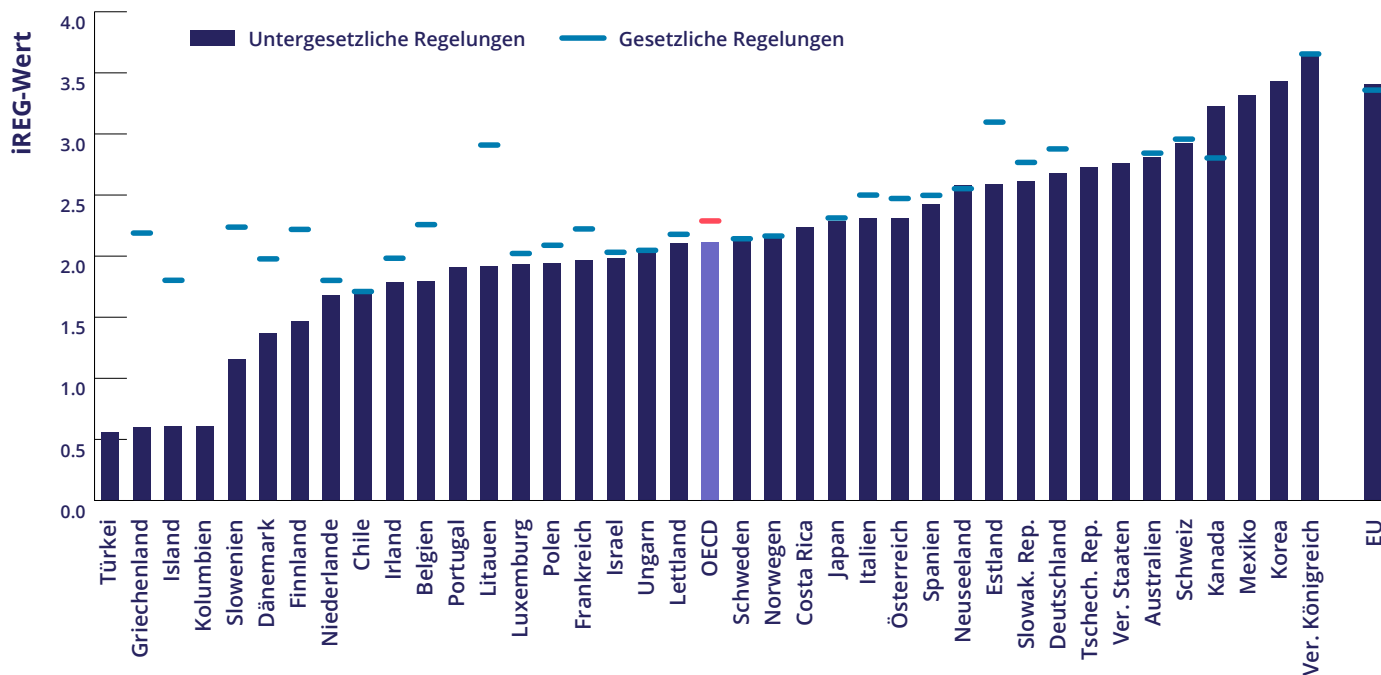
In **Kanada** wird seit 2018 eine verstärkte Analyse ökologischer und geschlechtsspezifischer Folgen verlangt. Weitere Schwerpunkte sind die Auswirkungen auf indigene Gruppen, Umwelt, Gesundheit, soziale Aspekte und Wirtschaft.

Die Leitlinien der **Niederlande** für evidenzbasierte Analysen erstrecken sich inzwischen auch auf die Abschätzung der Auswirkungen von Rechtsvorschriften auf Grenzregionen, Geschlechtergerechtigkeit, Entwicklungsländer und die VN-Ziele für nachhaltige Entwicklung.

In **Portugal** ist die Untersuchung nicht-wirtschaftlicher Auswirkungen – z. B. auf Geschlechtergerechtigkeit, Armut oder Menschen mit Behinderungen – verpflichtend und ein wichtiger Bestandteil der evidenzbasierten Analyse.

Quelle: Indicators of Regulatory Policy and Governance (IREG) Survey 2021.

Gesetzesfolgenabschätzung im OECD-Raum



Anmerkung: Die Daten beziehen sich auf 38 OECD-Länder und die Europäische Union. Die Angaben zu gesetzlichen Regelungen betreffen nur Rechtssetzungsverfahren der nationalen Exekutive. Aufgeführt sind nur Länder, in denen die Mehrzahl der Gesetze von der Exekutive konzipiert wird. Quelle: Indicators of Regulatory Policy and Governance (iREG) Survey 2021.

Nichtregulatorische Alternativen werden kaum geprüft.

Bei der Ausarbeitung von Vorschlägen sollten alle Alternativen umfassend geprüft werden – d. h. auch Lösungen, die keine neuen Gesetze oder sonstigen Rechtsvorschriften erfordern. Seit 2014 hat sich hier allerdings wenig getan: Falls die Prüfung nichtregulatorischer Alternativen überhaupt vorgeschrieben ist, wird in der Regel nur eine solche Option geprüft. Dies verfestigt die Vorstellung, dass regulatorische Eingriffe immer angebracht sind, und kann zu unnötigem Erfüllungsaufwand führen.

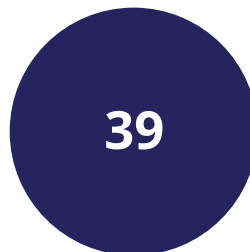
Obwohl immer öfter auch gesellschaftliche Folgen untersucht werden, liegt der Schwerpunkt nach wie vor auf wirtschaftlichen Aspekten.

Die OECD-Länder prüfen zunehmend, wie Rechtsvorschriften sich auf soziale Aspekte wie Geschlechterfragen und Armut auswirken. Sie reagieren damit auf weltweite Entwicklungen und veränderte gesellschaftliche Einstellungen. Wirtschaftliche Aspekte wie die Auswirkungen auf Wettbewerb und Kleinunternehmen stehen jedoch weiterhin im Zentrum der Analysen, was bedeuten kann, dass die gesamtgesellschaftlichen Folgen nicht richtig erfasst werden.

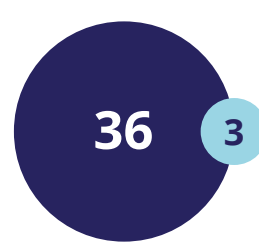
Immer öfter werden auch die gesellschaftlichen Folgen von Gesetzen und sonstigen Rechtsvorschriften untersucht

Zahl der Staaten: ● Ja ● Nein

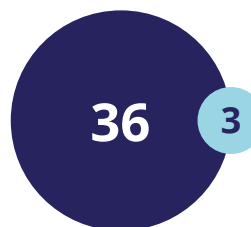
Wettbewerb



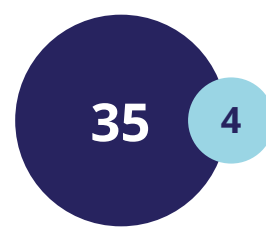
Kleinunternehmen



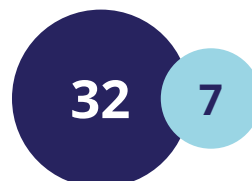
Umwelt



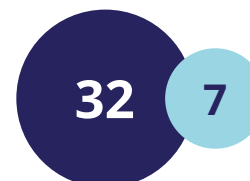
Geschlechtergerechtigkeit



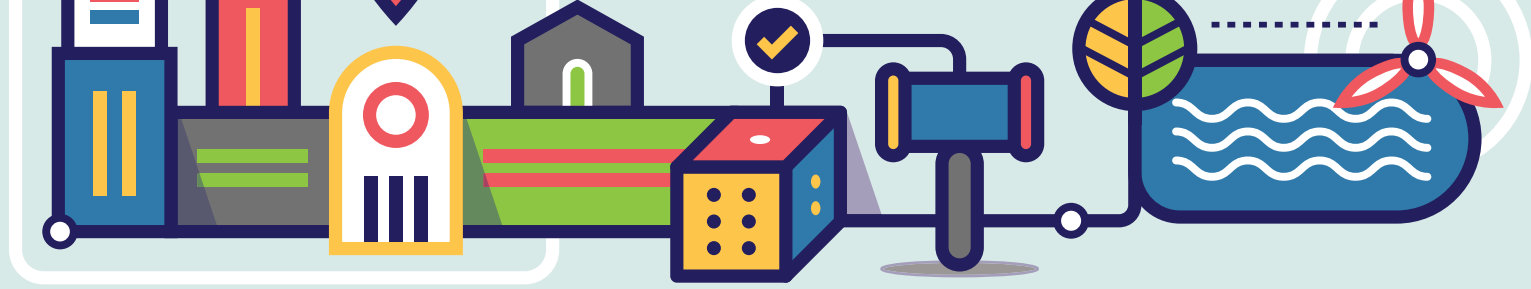
Armut



Innovationstätigkeit



Anmerkung: Die Daten beziehen sich auf 38 OECD-Länder und die Europäische Union. Quelle: Indicators of Regulatory Policy and Governance (iREG) Survey 2021.



Kapitel 2

Ex-post-Evaluierung

Auch die Zwecktauglichkeit bestehender Rechtsvorschriften sollte überprüft werden

Die Überprüfung von Rechtsvorschriften ist eine Chance, an Erfolge anzuknüpfen und aus Fehlern zu lernen.

Regelmäßige Checkups sind wichtig – das gilt für die Fahrtüchtigkeit unserer Autos oder für unsere Gesundheit genauso wie für Gesetze und Vorschriften. Überprüfungen durchzuführen, heißt nicht unbedingt, dass es etwas zu bemängeln gibt. Ziel ist vielmehr zu prüfen, ob alles optimal funktioniert, und durch das Einholen von Informationen zu verhindern, dass sich die Dinge in die falsche Richtung bewegen. So können Entscheidungen getroffen werden, die möglicherweise hohe Folgekosten verhindern.

Eine Überprüfung gestattet es, Regelungen auf den neuesten Stand zu bringen und wieder neu auf ihr Ziel auszurichten. Sie signalisiert, dass der Staat nur aus wichtigen Gründen eingreift – und dass diese Gründe nach wie vor bestehen. Dennoch fehlt es oft an den notwendigen Verfahren, um sicherzustellen, dass Rechtsvorschriften weiterhin ihren gesellschaftlichen Zweck erfüllen.

- ▶ In vielen OECD-Ländern werden Regelungen, wenn sie einmal getroffen wurden, nicht mehr überprüft.
- ▶ Viele Regierungen stellen keine Informationen darüber bereit, wie eine solche Überprüfung erfolgen sollte.
- ▶ Überprüfungen finden größtenteils nur statt, weil sie vorgeschrieben sind, und werden nicht als Instrument zur Verbesserung genutzt.

Warum die Überprüfung von Vorschriften wichtig ist

In der **Europäischen Union** ergab eine „Eignungsprüfung“ der Luftqualitätsrichtlinien, dass sie zuverlässige und vergleichbare Daten für Monitoring und Standardsetzung liefern und zu einem Rückgang der Luftverschmutzung beitragen. Allerdings wurde auch festgestellt, dass zur Harmonisierung des Monitorings, der Datenerhebung und der Pläne, Maßnahmen und Datenübermittlung im Bereich Luftqualität weitere Verbesserungen erforderlich sind.

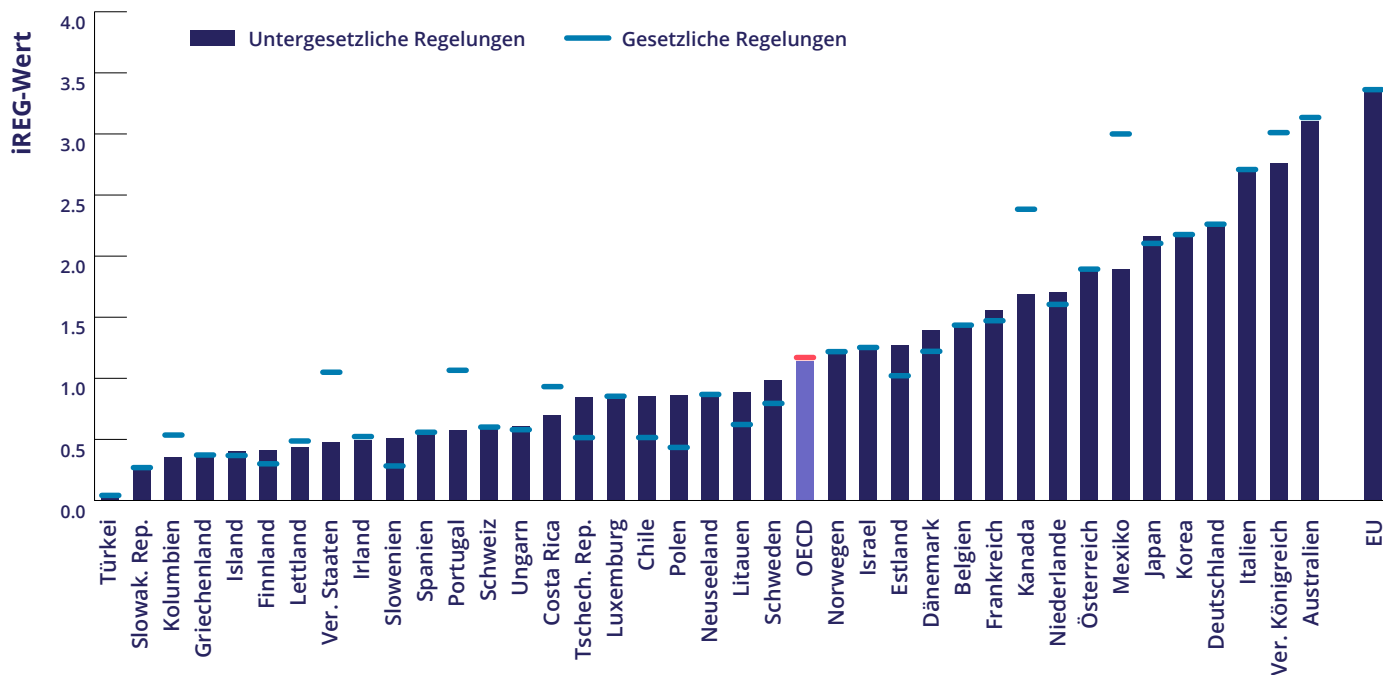
In **Neuseeland** zeigte eine Überprüfung des Rahmens für die Tertiärbildung, dass der Sektor zu sehr von staatlichen Regelungen eingengt wird und es an Innovationen zur Erfüllung gesellschaftlicher Anforderungen fehlt. Dabei wurden Empfehlungen gemacht in Bezug auf Informationen zur Förderung neuer Modelle, Finanzierungsregelungen und Rechtsvorschriften, u. a. zu Qualitätssicherung, Kurszugang, Aufnahmeregeln und dem Gleichgewicht zwischen Forschung und Lehre.

Quelle: OECD-Studien auf der Grundlage der Antworten auf den Indicators of Regulatory Policy and Governance (iREG) Survey 2021.

Ob Vorschriften in der Praxis funktionieren, wird kaum überprüft.

Kernbestandteil einer Überprüfung ist die Frage, ob die Dinge so laufen wie sie sollten. Bleibt diese Frage unbeantwortet, kann es zu Fehleinschätzungen und damit zu weiteren Problemen kommen. Daher muss stets überprüft werden, wie die getroffenen Regelungen in der Praxis funktionieren. Außerdem müssen Regelungen, auch wenn sie gut funktionieren, u. U. aktualisiert werden, weil sich das Umfeld geändert hat.

Ex-post-Evaluierung im OECD-Raum

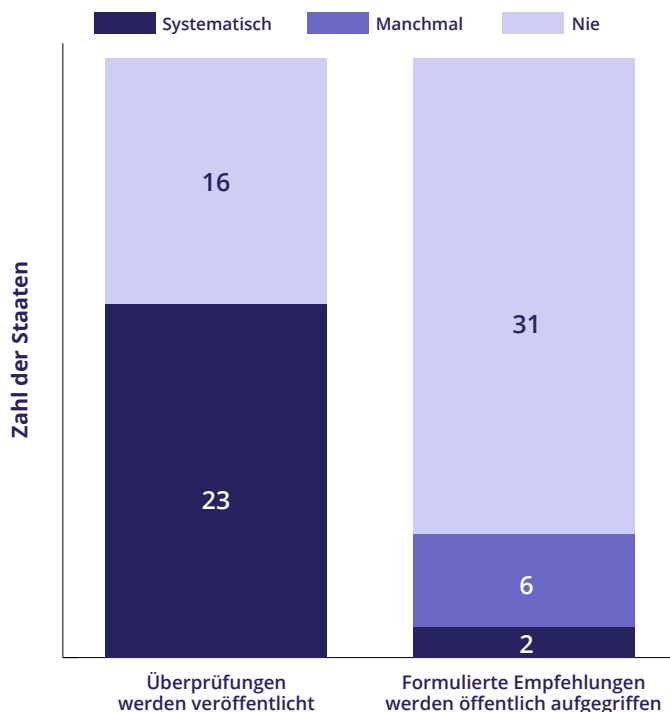


Anmerkung: Die Daten beziehen sich auf 38 OECD-Länder und die Europäische Union.
Quelle: Indicators of Regulatory Policy and Governance (iREG) Survey 2021.

Überprüfungen müssen stets der Anfang sein, nicht der Schlusspunkt.

Nach einer Überprüfung zeigt sich in der Regel, dass etwas getan werden muss. Auch wenn es nichts zu bemängeln gibt, braucht es Anstrengungen, damit dies so bleibt. Wird ein Problem festgestellt, muss Abhilfe geschaffen werden. Werden Abhilfemaßnahmen empfohlen, sollten diese auch umgesetzt werden. Sonst bleibt das Problem bestehen. Manche Länder veröffentlichen die Ergebnisse von Überprüfungen, um zu zeigen, was gut funktioniert und wo es noch Verbesserungspotenzial gibt. Formulierte Empfehlungen werden allerdings nur selten aufgegriffen.

Überprüfungen werden üblicherweise veröffentlicht, formulierte Empfehlungen jedoch meist nicht aufgegriffen



Anmerkung: Die Daten beziehen sich auf 38 OECD-Länder und die Europäische Union.
Quelle: Indicators of Regulatory Policy and Governance (iREG) Survey 2021.



Links

- ▶ [OECD Regulatory Policy Outlook 2021](#)
- ▶ [OECD 2012 Recommendation on Regulatory Policy and Governance](#)
- ▶ [Indicators of Regulatory Policy and Governance](#)
- ▶ [Regulatory Impact Assessment](#)
- ▶ [OECD Best Practice Principles for Regulatory Policy: Reviewing the Stock of Regulation](#)

Kontakt: Measuring Regulatory Performance Programme
mrp@oecd.org